



„Achtung, (...) das gibt Diskussionen.“

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron setzt die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach dem Debakel um seine EU-Kommissionskandidatin Sylvie Goulard unter Druck



„Ministerpräsident Abiy Ahmed ist ein wunderbares Beispiel für die Möglichkeit zur Überwindung historischer Konflikte.“

UN-Generalsekretär António Guterres

100. Friedensnobelpreis an Abiy Ahmed

Äthiopischer Ministerpräsident Abiy Ahmed wegen Annäherung zwischen Äthiopien und Eritrea



Jahre ohne Friedensnobelpreis



1901 Erster Friedensnobelpreis

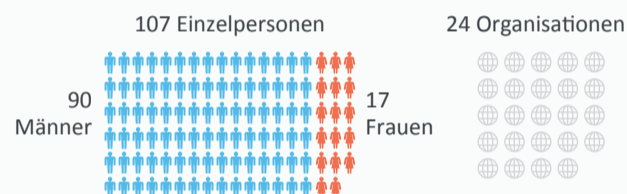
Henry Dunant (SUI)
Gründer Rotes Kreuz
Frederic Passy (FRA)
Friedensaktivist

1905 Erster Preis an eine Frau

Bertha von Suttner
(Österreich-Ungarn)
Friedensaktivistin

Bisher 131 Preisträger

(in einigen Jahren mehrere Preisträger)



Mehrfache Preisträger

Rotes Kreuz
1917, 1944, 1963

UNHCR
1954, 1981

Die Friedensnobelpreis-Medaille



18-karätiges Gold
175 Gramm
Wert ca. 7.500 Euro

Dolomiten - Infografik: APA

„Das ist ein Preis für Afrika“

FRIEDENSNOBELPREIS: Abiy Ahmed erhält die Auszeichnung für seine Versöhnungspolitik mit Eritrea

OSLO/ADDIS ABEBA

(APA/dpa). Der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed hält die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis für eine Ehre für den gesamten afrikanischen Kontinent. „Das ist ein Preis, der Afrika verliehen wird, der Äthiopien verliehen wird“, sagte der 43-Jährige am Freitag.

Er sei sehr froh über die Ehrung. „Ich danke Ihnen vielmals. Ich bin so glücklich und so begeistert über die Nachricht.“ Abiy Ahmed wird in diesem Jahr für seinen Einsatz für Frieden und internationale Zusammenarbeit und vor allem für seine Initiative zur Lösung des Grenzkonflikts mit dem äthiopischen Nachbarland Eritrea ausgezeichnet.

Auswirkungen auf die Fluchtursachen

Äthiopiens Ministerpräsident Abiy Ahmed erhält den Friedensnobelpreis 2019 laut Nobelkomitee für seine Versöhnungspolitik mit dem Nachbarn und langjährigen Erzfeind Eritrea. Die Annäherung zwischen Asmara und Addis Abeba war nicht nur von regionaler Bedeutung, offenbar ist sie auch bis übers Mittelmeer nach Europa zu spüren. Denn Zehntausende Eritreer fliehen jährlich aus ihre Heimat wegen des zeitlich unbegrenzten „Nationalen Dienstes“ in Richtung Europa. Begründet hat Asmara die Maßnahme stets auch mit einer vermeintlichen Bedrohung durch Äthiopien.

Nach fast 2 Jahrzehnten haben Äthiopien und Eritrea Anfang Juli 2018 offiziell ihre Feindseligkeit beendet: Flug- und Telefonverbindungen wurden wieder aufgenommen, die Botschaften neu eröffnet und Eritrea zog seine Truppen von der Grenze des früheren Erzfein-



Abiy Ahmed gewann den Friedensnobelpreis 2019.

APA/afp/MICHAEL TEWELDE

des ab. Nach der historischen Unterzeichnung eines Friedens- und Freundschaftsvertrages reiste sogar Eritreas Präsident Isaias Afwerki erstmals seit 22 Jahren in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba zu Regierungschef Ahmed.

Eritrea gehörte bis zu seiner Unabhängigkeit 1993 zu Äthiopien. Fünf Jahre später brach ein Krieg zwischen den beiden Staaten aus, in dem Zehntausende Menschen ums Leben kamen. Mit dem sogenannten Abkommen von Algier wurde 2000 der Konflikt beendet. Die beiden Länder blieben aber zunächst weiter verfeindet - und die Regierung in Eritrea stets auf der Hut, zum Leidwesen der Bevölkerung.

Vermeintliche Bedrohung beendet

Präsident Afwerki, der seit der Unabhängigkeit an der Macht ist, rechtfertigte seinen eisernen

Regierungsstil eben mit der vermeintlichen Bedrohung durch Äthiopien. Dazu gehört auch der sogenannten Nationale Dienst, eine Art Zivil- und Militärdienst, den jede Frau und jeder Mann in Eritrea absolvieren muss. Das Problem: Er ist zeitlich nicht begrenzt und kann willkürlich bis zum 70. Lebensjahr verlängert werden. „Die Menschen wissen also nie, wann sie rauskommen, und selbst wenn sie rauskommen, sind die Möglichkeiten sehr begrenzt“, kritisieren EU-Diplomaten vor Ort.

Es sind vor allem diese Ungewissheit und die Perspektivenlosigkeit, die viele Menschen in die Flucht treiben. Im vergangenen Jahr betrug die Anzahl der Asylwerber aus Eritreer in den 28-EU-Staaten laut Eurostat 15.585. Einen positiven Asylbescheid (in erster Instanz) erhielt 11.075 Eritreer - die Anerkennungsrate liegt bei 83 Prozent, nur die Syrer haben mit 88 Prozent eine höhere.

Für die EU könnte mit Eritrea unterdessen eine „Migrationspartnerschaft“ mit Rückübernahmeabkommen eine Option sein. Im September 2016 schloss die EU zunächst mit 5 afrikanischen Ländern - Nigeria, Niger, Äthiopien, Mal und dem Senegal - solche Abmachungen. Das Konzept: Die Union gibt afrikanischen Regierungen Geld und Unterstützung, damit sie ihre Staatsbürger von der illegalen Migration abhalten.

Karten neu gemischt

Die Annäherung zwischen Äthiopien und Eritrea könnte jedoch für die Europäische Union auf lange Sicht die Karten neu mischen. Noch sind aber alle Augen auf Asmara und Addis Abeba gerichtet: Hält der Frieden am Horn von Afrika überhaupt?

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Das EU-Parlament zeigt Muskeln

BRÜSSEL: Die Bestellung der neuen EU-Kommission gestaltet sich schwieriger als erwartet

Am Donnerstag dieser Woche ist die Französin Sylvie Goulard im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments durchgefallen. Das Parlament hat sich dagegen ausgesprochen, dass die vormalige französische Verteidigungsministerin EU-Kommissarin wird. Somit hat der französische Staatspräsident nun der designierten Kommissionschefin Ursula von der Leyen ein neues Kommissionsmitglied vorzuschlagen.

Doch das Klima zwischen den beiden ist angeschlagen, da Macron der designierten Kommissionschefin unterstellt, Sylvie Goulards Kandidatur nicht ausreichend in den Machtzentren des Parlaments vorbereitet zu haben. Die konkreten Vorwürfe betrafen angebliche Interessenskonflikte, eine Scheinbeschäftigungsaffäre Goulards und Geldflüsse seitens des Thinktank eines Milliardärs. Doch es dürfte auch eine Portion parteipolitischen Kalkül und politischer Revanchismus hineingespielt haben.



Sylvie Goulard bei ihrer Anhörung im Europaparlament.

APA/afp

Es ist dies nicht das erste Stolpern des designierten Kommissionsteams. Bereits vor den Anhörungen der Kandidaten hatte der Rechtsausschuss des EU-Parlaments den Kandidaten aus Rumänien und Ungarn gegenüber auf Interessenskonflikte hingewiesen und die Notbremse gezogen. Rovana Plumb hätte für Transport zuständig sein sollen. Sie stolperte über Darlehen, die einen Korruptionsverdacht aufkommen ließen. László Trócsányi sollte in der Kommission für die Osterweiterung zu-

ständig werden. Er stolperte über seine Beteiligung an einer Anwaltskanzlei. Wobei er als ehemaliger Minister jener ungarischen Justizreformen, welche die EU Kommission massiv kritisiert, von Anbeginn ein sehr umstrittener Kandidat war.

Frau Plumb ist den Sozialdemokraten zuzurechnen, Herr Trócsányi bis auf weiteres der Europäischen Volkspartei (er gehört zur FIDESZ, der Partei des ungarischen Ministerpräsidenten). Mit dem Sturz der Kandidatin Goulard ist nun ein

Gleichgewicht des Schreckens hergestellt, da nun auch jemand der liberalen Parteifamilie im Parlament gescheitert ist.

Neben den gescheiterten Kandidaten gibt es noch solche, die etwas angeschlagen aus den Anhörungen hervorgehen, weil ihre Vorstellung im Parlament schwach war oder sie sogar gebeten wurden, ein zweites Mal zu erscheinen. Dies war der Fall für den Kandidaten aus Polen, Janusz Wojciechowski. Der Vortrag seiner Kenntnisse zur Landwirtschaft konnte die Parlamentarier sichtlich nicht auf Antrieb überzeugen.

Die 26 Anhörungen zogen sich über eine Woche hin, 3 bis 6 Anhörungen pro Tag. Sie finden in den jeweils thematisch zuständigen Parlamentsausschüssen statt. Die Kandidaten haben 15 Minuten, und dann folgen 25 Fragen seitens der Parlamentarier, die in den insgesamt 3 Stunden der Anhörung zu beantworten sind. Die Bürger können alle Anhörungen online verfolgen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



tert. Denn auch die Anhörungen sind in den Verträgen gar nicht vorgesehen.

„D“: Was sagt der EU-Vertrag dazu?

Toggenburg: Die Kommission muss sich laut Vertrag nur als Gesamtgruppe einem Zustimmungsvotum des Parlaments stellen. Das Parlament argumentiert, dass eine solche Zustimmung nur möglich sei, wenn man die einzelnen Mitglieder prüfen kann. Bereits seit 1995 werden diese individuellen Anhörungen durchgeführt.

„D“: Was bedeuten die Ablehnungen nun für von der Leyen?

Toggenburg: Wohl einen verspäteten Amtsantritt. Der 1. November ist nicht mehr zu halten. Und ein bisschen politisches Porzellan ist kaputt. Aber ansonsten kein Drama. Vielleicht ist es ja auch gar nicht so attraktiv, inmitten des Brexitdramas die Amtsgeschäfte zu übernehmen. ©

„Dolomiten“: Wer kann in die EU-Kommission?

Gabriel N. Toggenburg: Artikel 17 des EU-Vertrages sagt nur, dass die Kommissionsmitglieder aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung und ihres Einsatzes für Europa ausgewählt werden.

„D“: Also kommt fast jede Person in Frage?

Toggenburg: Nein. Die Geschäftsordnung des Parlaments verlangt von den Kandidaten eine gute Kenntnis des jeweiligen Geschäftsbereiches. Und neben Fachkenntnissen auch gute Kommunikationsfähigkeiten.

„D“: Das Parlament verschärft eigenmächtig die Jobvoraussetzungen?

Toggenburg: Das Parlament hat seine juristische Macht hier geschickt politisch erwei-

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz